

Antifaschistische Bündnisse – mit wem und gegen wen? (MES-Tagung, Wuppertal, 18.05.2023)

Auch wenn wir betonen, Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung, stellt sich aus heutiger Perspektive zurecht die Frage, gegen wen oder was sich antifaschistische Bewegung richten muss. Daraus ergeben sich Konsequenzen für die Frage, mit wem antifaschistische Bündnisse nicht nur möglich, sondern auch notwendig sind, wenn wir unser antifaschistisches Anliegen, was bekanntlich kein Gesellschaftsmodell ist, umsetzen wollen.

Da sich das Verständnis für antifaschistische Bündnispolitik immer aus den konkreten historischen Erfahrungen ableitet, möchte ich dazu in der gebotenen Kürze am Anfang meiner Ausführungen einige Überlegungen formulieren.

Die Leser*innen der Marx. Blätter konnten in der letzten Ausgabe der Zeitung als Beilage einen längeren Text von Clara Zetkin von der Beratung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale im Jahre 1923 finden, als zum ersten Mal die faschistische Gefahr durch die Machteinsetzung Mussolinis in Italien und das Auftreten vergleichbarer politischer Bewegungen in verschiedenen europäischen Staaten als reale politische Gefahr eingeschätzt werden musste. Noch hatte man nur wenige Erfahrungen mit dem Faschismus an der Macht, über die Georgi Dimitroff auf dem VII. Weltkongress der KI sprechen konnte, wobei auch ihm noch die Realerfahrung der expansionistischen und rassistischen Vernichtungspolitik fehlte.

Clara Zetkin bezog sich folgerichtig im Jahr 1923 vor allem auf den italienischen Faschismus. Sie betonte insbesondere die soziale Dimension des Faschismus, auf die die Arbeiterbewegung reagieren müsse, um keine Niederlage zu erleiden. Aus der damaligen Erfahrung formulierte sie:

„Wir müssen uns bewußt bleiben, daß ... der Faschismus eine Bewegung von Hungrigen, Notleidenden, Existenzlosen und Enttäuschten ist. Wir müssen danach trachten, daß wir die sozialen Schichten, die jetzt dem Faschismus verfallen, entweder unserem Kampfe eingliedern oder sie zum mindesten für den Kampf neutralisieren. Mit aller Klarheit und Kraft müssen wir verhindern, daß sie Mannschaften stellen für die Gegenrevolution der Bourgeoisie. Soweit wir jene Schichten nicht für unsere Partei, unsere Ideale gewinnen, nicht in Reih und Glied der revolutionären proletarischen Kampfheere ziehen können, muß es uns gelingen, sie zu neutralisieren, zu sterilisieren, oder wie man sich sonst ausdrücken mag. Sie dürfen uns nicht mehr als Landsknechte der Bourgeoisie gefährlich werden.“ (zit. nach Clara Zetkin, Ausgewählte Schriften, Bd. II, Ost-Berlin 1960, S. 689 ff)

Clara Zetkin verstand also antifaschistische Handlungsorientierung als politisches Einwirken auf jene gesellschaftlichen Kräfte, die entweder durch die Politik des Faschismus in Mitleidenschaft gezogen werden oder aber der faschistischen Ideologie zu verfallen drohen. Die einen gilt es als Mitstreiter zu gewinnen, die anderen zu neutralisieren, damit sie sich nicht als „Landsknechte“ der Herrschenden missbrauchen lassen.

Ihre antifaschistische Strategie und Bündnisarbeit bezog sich also darauf, auf der einen Seite die Kampffront gegen die faschistische Bedrohung zu erweitern, indem die Interessen und Bedarfslagen auch nicht proletarischer Gruppen aufgenommen wurden, auf der anderen Seite die faschistische Propaganda und Mobilisierung zu behindern, so dass sie nicht in der Lage ist, verunsicherte Teile der Gesellschaft auf ihre Seite zu ziehen.

Mit Blick auf die gegenwärtige rechte Massenmobilisierung in Teilen unseres Landes ist diese Doppelstrategie von hoher Aktualität.

In diesem Kreis ist es sicherlich nicht zwingend, ausführlich den VII. Weltkongress zu referieren. Gemeingut dürfte sein, dass Georgi Dimitroff, der nicht zuletzt im Reichstagsbrandprozess Realerfahrung mit dem deutschen Faschismus an der Macht sammeln konnte, sein Verständnis von Faschismus nicht nur auf die immer wieder zitierte Kurzformel „Faschismus an der Macht ist die offene, terroristische Diktatur der reaktionärsten, chauvinistischsten, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ reduzierte.

Er lieferte – ausgehend von den Erfahrungen der kommunistischen Parteien in den Jahren zuvor auch eine Analyse der Haltung der anderen gesellschaftlichen und Klassenkräfte gegenüber dem Faschismus an der Macht und leitete daraus das neue Verständnis von Arbeitereinheit und Volksfrontpolitik ab, das u.a. in der Pariser Volksfront und in der Brüsseler Parteikonferenz seinen praktischen Niederschlag fand.

Historische Erfahrung mit der Politik des „Faschismus an der Macht“ veränderte die Perspektiven der Handlungsnotwendigkeit. Was die militärische und ökonomische Expansionspolitik betrifft, konnte man sich das vorstellen. Dass dazu eine Formierung der „Volksgemeinschaft“ und die Ausschaltung aller politisch „unzuverlässigen Elemente“ notwendig ist, wozu auch ein System von Konzentrationslagern und Haftstätten gehören würde, konnte man sich auch vorstellen. Inwieweit sich daraus neue Möglichkeiten der antifaschistischen Bündnisse ergeben, war Teil von Dimitroffs Überlegungen. Jedoch konnte sich niemand innerhalb der kommunistischen Bewegung 1935 auch nur im Ansatz vorstellen, in welcher Dimension der antisemitisch ausgerichtete Rassismus sich als industrialisierte Vernichtungspolitik gegen alle nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehörigen Menschengruppen entwickelte.

Für die Entwicklung antifaschistischer Bündnispolitik bedeutet das, dass es nicht angeht, eine Strategieentwicklung zu formulieren, die diesen Bestandteil faschistischer Herrschaft an der Macht nur als „Nebenwiderspruch“ behandelt. Welches Gewicht dieser Aspekt für die Analyse des Faschismus besitzt, wird daher in Wissenschaft und Politik zurecht immer wieder aufs Neue debattiert.

Der Antifaschist und Resistance-Kämpfer Peter Gingold hat diese Erkenntnis in der ihm eigenen Klarheit in seinen Erinnerungen mit folgenden Worten auf den Punkt gebracht: „1933 wäre verhindert worden, wenn alle Hitlergegner die Einheitsfront geschaffen hätten. Dass sie nicht zustande kam, dafür gab es für die Hitlergegner in der Generation meiner Eltern nur eine einzige Entschuldigung: Sie hatten keine Erfahrung, was Faschismus bedeutet, wenn er einmal an der Macht ist.“

Aber heute haben wir alle diese Erfahrung, heute muss jeder wissen, was Faschismus bedeutet. Für alle zukünftigen Generationen gibt es keine Entschuldigung mehr, wenn sie den Faschismus nicht verhindern.“ (*Peter Gingold, Boulevard St. Martin 11, S. 11*)

Überlegungen für antifaschistische Bündnisse heute

Angesichts der umfassenden Verfolgungspolitik, die aus unterschiedlichen Begründungen Menschen im Deutschen Reich und allen vom Faschismus okkupierten Regionen Europas mit divergierenden politischen Ansichten gleichermaßen zu Opfern faschistischer Verfolgungspolitik machten, ist es für antifaschistische Bündnisse heute notwendig, neue Überlegungen anzustellen.

Die wohl breiteste Aussage, die sich für Menschen unterschiedlicher politischer Orientierung als gemeinsame Plattform erwies, formulierten die überlebenden Häftlinge des KZ Buchenwald am 19. April 1945 in dem »Schwur von Buchenwald«, dessen zentrale Botschaften lauten: „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln und Schaffung einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit!“

In der VVN-BdA, aber auch in der internationalen Dachorganisation FIR betonen wir, dass dies die gemeinsame Überzeugung aller antifaschistisch-demokratischen Kräfte unmittelbar nach der Befreiung von Faschismus und Krieg war und Orientierung bis heute ist.

Dabei ist insbesondere die Forderung „Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln“ zwar interpretationsfähig, jedoch kann man in den Erklärungen und Resolutionen unterschiedlicher politischer Organisationen der damaligen Zeit ablesen, dass es überhaupt keine Frage war, dass zu den „Wurzeln“ auch die gesellschaftlichen Wurzeln, die politischen und ökonomischen Eliten, die Machtverhältnisse, die ideologischen Unterstützungssysteme und der Verwaltungsapparat gehörten. Es ging um eine umfassende Entnazifizierung, die – wie bekannt – in der neugeschaffenen BRD nicht umgesetzt wurde.

Für was setzt sich antifaschistische Politik ein?

Wenn man Antifaschismus als politischen Zukunftsentwurf („Antifaschismus ist mehr als eine Gegenbewegung“) begreift, dann sind als gemeinsame Basis für antifaschistische Überzeugungen folgende Punkte zu benennen:

- der Kampf um den Erhalt und die Erweiterung demokratischer Rechte und gesellschaftlicher Freiheiten,
- die Ausweitung der politischen und gesellschaftlichen Partizipation,
- friedliche Konfliktlösungen – insbesondere in zwischenstaatlichen Konflikten, die abgehen von militärischer Dominanz und Durchsetzung imperialer Interessen,
- der Auf- und Ausbau einer solidarischen Gesellschaft, die keine rassistischen oder sozialen Ausgrenzungen zulässt und soziale Sicherungssysteme entwickelt, die jedem Menschen (in klarer Ablehnung der ausgrenzenden „Volksgemeinschaft“) ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Dazu gehören das Recht auf Arbeit und Wohnung und die Verwirklichung einer umfassenden sozialen Gerechtigkeit, das Rechts auf Asyl und die Hilfe für Flüchtlinge,
- die Anerkennung der historischen Leistungen der Frauen und Männer aus dem antifaschistischen Kampf, ein angemessenes Gedenken der Opfer und damit die Entwicklung eines antifaschistischen Geschichtsbildes.

Wichtig ist bei diesen Forderungen nicht die inhaltliche Anerkennung aller gesellschaftlichen Perspektiven, sondern das aktive Handeln für diese Ziele („Antifaschismus ist Humanismus in Aktion“). Diese Vision ist nicht durch eine parteipolitische Orientierung oder ein bestimmtes Gesellschaftsmodell bestimmt, sondern im Sinne des Schwurs der Überlebenden des KZ Buchenwald eine Gesellschaft, in der der Nazismus mit seinen gesellschaftlichen und sozialen Wurzeln beseitigt ist und eine neue Welt des Friedens und der Freiheit geschaffen wird.

Diese Ziele sind tatsächlich nur zu verwirklichen, wenn es gelingt, die gesellschaftlichen Rechtskräfte und ihre jeweiligen Speerspitzen im Bereich der extremen Rechten, der gewalttätigen Stiefelfaschisten oder ideologischen Stichwortgeber a la Höcke und Co. deutlich in die Schranken zu weisen, weil sie genau das Gegenteil dieses Gesellschaftsmodells repräsentieren.

Für die VVN-BdA ergab sich aus dieser Erkenntnis in den vergangenen Jahren die politische Fokussierung auf drei Kampagnen. Zum Ersten war es die „nonpd-Kampagne“, bei der uns von linken Kritikern vorgeworfen wurde, wir würden an den bürgerlichen Staat appellieren, das Problem des Neofaschismus, an dem er ja selber Interesse habe, zu lösen. Das Zweite war die – in Teilen noch immer laufende – Kampagne „Der 8. Mai muss Feiertag werden“, die von Esther Bejarano initiiert wurde, bei der es um die Bewahrung einer antifaschistischen Geschichtsperspektive geht. Und die jüngste Kampagne, die im Rahmen von „Aufstehen gegen Rassismus“ gegen die AfD gestartet wurde, lautet: „Höcke ist ein Nazi“, mit der wir versuchen, den Einfluss der offen faschistischen Teile der AfD gesellschaftlich zurückzudrängen.

Daraus definiert sich auch die Antwort auf die Frage „Mit wem setzen wir uns für antifaschistische Politik ein?“

Ausgehend von den historischen Erfahrungen ist es unumgänglich, dass in antifaschistischen Bündnissen heute Kräfte und Menschen mit unterschiedlichen gesellschaftlichen, politischen und auch religiösen Orientierungen ihren Platz haben müssen. Dabei sollten sie glaubwürdige Mitstreiter sein für die Umsetzung der eben genannten politischen Ziele einer antifaschistischen Orientierung. Antifaschistische Bündnisse sind in dieser Hinsicht keine „ein Punkt-Bewegung“, wenn es sich nicht um kurzfristige Abwehraktionen gegen Naziprovokationen handelt, sondern gesellschaftliche Netzwerke, die dem Anliegen aus dem „Schwur von Buchenwald“ mehr Einfluss verschaffen sollen.

Dabei gibt es aus historischer Perspektive Organisationen und Verbände, die sich als »originäre« Partner antifaschistischer Bündnisse anbieten. Dazu gehören insbesondere alle Parteien und Organisationen der Arbeiterbewegung, die Gewerkschaften als größte Massenorganisation, da sie als Organisation in ihrer Geschichte und heute die Antipoden jeglicher gesellschaftlicher Rechtsentwicklung darstellen (sollten). Wenn antifaschistische Bündnisse gesellschaftsmächtig werden wollen, dann sind diese Organisationen notwendig in die Bündnisarbeit zu integrieren.

Natürlich kann dabei nicht übersehen werden, dass es insbesondere innerhalb der SPD und der Gewerkschaften Widerstände gegen eine politisch breite antifaschistische Bündnispolitik gibt. Aber zumeist besteht eine inhaltliche Basis, die engagierte Gewerkschaftsmitglieder auf den jeweiligen Gewerkschaftstagen mit einer konsequenten Beschlusslage geschaffen haben, sodass sich aktive Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in ihrem antifaschistischen Engagement darauf beziehen können. Man konnte in den vergangenen Jahren vielfältig erleben, wie sich engagierte Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen als stabile Säulen in der antifaschistischen Bündnisarbeit bewiesen haben.

Bündnis und Bewegung

Der zentrale Punkt antifaschistischer Bündnisse ist dabei das gemeinsame Handeln für die als vordringlich angesehenen politischen Zielsetzungen: 1. die Verhinderung des Aufkommens bzw. des Vormarsches neofaschistischer Kräfte, um auf diese Weise den Handlungsraum der extremen Rechten einzuschränken, und 2. die Verteidigung der Freiheitsrechte sowie sozialen und demokratischen Errungenschaften des Volkes. Natürlich sollte keine antifaschistische Organisation den Anspruch erheben, der »Gralshüter« antifaschistischer Grundaussagen, zu sein, selbst dann nicht, wenn es sich wie bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschistinnen und

Antifaschisten (VVN-BdA) um die historisch älteste Vereinigung handelt, die noch von den Überlebenden der faschistischen Lagern, den Frauen und Männern aus Widerstand und Verfolgung gegründet worden ist. Auch ihre Bedeutung in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erweist sich insbesondere im politischen Handeln für die Verwirklichung des antifaschistischen Vermächnisses.

Das ist ein Anspruch, den vollkommen zurecht junge Antifaschistinnen und Antifaschisten, die auf der Suche nach einem organisatorischen Zusammenhalt sind, von einer solchen Struktur erwarten. Es geht ihnen zumeist nicht um irgendwelche »Prinzipientreue« oder Klarheit der Analyse, sondern sie suchen eine Plattform des solidarischen gemeinsamen Handelns.

Dass sich solches Handeln nicht im theoretisch luftleeren Raum bewegt, versteht sich von selbst. Dabei ist das Hauptinteresse von jüngeren Menschen in antifaschistischen Bündnissen nicht darauf gerichtet, sich in Theoriezirkeln mit dem Zustand der Welt zu beschäftigen, sondern im praktischen Handeln etwas zur Veränderung, zur Verbesserung dieser Welt beizutragen.

Antifaschistische Bündnisse müssen darauf mit Handlungsangeboten reagieren, wobei darunter kein sinnentleerer Aktionismus – oder kein Hinterherhecheln hinter den verschiedenen Naziprovokationen – zu verstehen ist. Neofaschistischen Aufmärschen und anderen Provokationen der extremen Rechten ist natürlich praktisch entgegenzutreten, aber darin darf sich das Handeln in antifaschistischen Bündnissen nicht erschöpfen.

Bündnisse auf Augenhöhe

Bündnispolitik in der antifaschistischen Strategie entwickelt sich immer wieder neu und Anlass bezogen. Dabei reagieren solche Bündnisse auf lokale und regionale Spezifika, indem ganz unterschiedliche Gruppen und Schichten eingebunden werden können, seien es zivilgesellschaftliche Initiativen oder selbst kirchliche Gruppierungen und Strukturen. Und eine solche Bündnispolitik muss nicht zuletzt die Betroffenen rassistischer oder neofaschistischer Gewalt und Ausgrenzung, in der Regel Angehörige migrantischer Communities, Flüchtlinge oder andere ausgegrenzte Gruppen selber mobilisieren und integrieren. Denn auch breiteste antifaschistische Bündnisse können nicht stellvertretend für die Betroffenen deren Situation verändern.

Innerhalb solcher Bündnisse sollte es darum gehen, eine möglichst große Übereinstimmung in der politischen Orientierung und den möglichen Handlungsoptionen zu erzielen. Dabei muss es im Sinne breiter stabiler Bündnisse darum gehen, die Mitstreiter mit ihren eigenen Positionen ernst zu nehmen. Bündnispartner sind keine „nützlichen Idioten“, die dazu gebracht werden müssen, eine vorgegebene politischen Zielsetzungen voranzubringen, sondern sie sind eigenständige Akteure, die als solche erkennbarer Bestandteil von Bündnissen bleiben müssen. Von daher es ist nicht nur unrealistisch, sondern auch politisch schädlich, innerhalb eines Bündnisses ein zu hohes Maß an ideologischer Übereinstimmung durch Erklärungen oder politische Analysen der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation zur Voraussetzung gemeinsamen Handelns zu machen. Bündnispolitik muss so angelegt sein, dass politische Debatten auf Augenhöhe stattfinden. Jede Organisation im Bündnis kann und soll ihre eigene vertiefte Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse in die Debatte einbringen, jedoch nicht erwarten oder als Voraussetzung der Zusammenarbeit machen, dass die eigene Analyse die Grundlage für das gemeinsame Handeln sein muss. Eckpunkte der gemeinsamen Überzeugung sind natürlich zu formulieren, aber deren Ableitung oder gar gesellschaftspolitische Konsequenzen können nicht Voraussetzungen für Bündnispolitik sein.

Gradwanderung zwischen Bündnisbreite und politischer Klarheit

Eine Herausforderung ist es, eine klare Zielstellung in der Form zu formulieren, dass die Offenheit und die Grenzen von Bündnisfähigkeit sichtbar werden. Auch hier hilft es, sich die geschichtlichen Erfahrungen in ihrer ganzen Breite vor Augen zu führen. Um es konkret an einer Debatte aus den letzten Monaten zu machen:

So ist es aus meiner Sicht völlig abwegig, mit Hinweis auf das „Nationalkomitee Freies Deutschland“ heute für eine Offenheit gegenüber extremen Rechten wie AfD oder Querfrontlern in bestimmten gesellschaftlichen Konfliktfeldern einzutreten. Im NKFD arbeiteten diejenigen Militärs und ehemalige NSDAP-Anhänger mit, die bereits einen Bruch mit der faschistischen Herrschaft vollzogen hatten und sich Sorgen um ihre Heimat, die durch die faschistische Kriegs- und Terrorpolitik in den Abgrund geführt wurde, machten. Es war kein „Freibrief“ für Nazis, sondern eine Plattform für diejenigen ehemaligen Nazi-Anhänger, die bereit waren, einen politischen Neuanfang zu wagen. Dass dies angesichts der faschistischen Verhetzung deutscher Soldaten selbst in den Kriegsgefangenenlagern nicht ungefährlich war, ist historisch belegt. Sie vollzogen diesen Bruch in einem gesellschaftlichen Umfeld (auf dem Boden der Sowjetunion, in einem Kriegsgefangenenlager, im Exil), wo ein Zugriff und Einfluss faschistischer Kräfte deutlich eingeschränkt war.

Etwas vollkommen anderes ist es, wenn heute irgendwelche Anhänger oder gar Repräsentanten der extremen Rechten auch mal richtige Aussagen zu sozialen und friedenspolitischen Themen von sich geben, die man akzeptieren könnte. Solche Vertreter haben in keiner Weise einen Bruch mit ihrer extrem rechten Grundüberzeugung vollzogen, so dass sich jegliche Bündnisse mit solchen Kräften verbieten.

Ein Punkt der Diskussion in der Bündnispolitik ist es in anderer Hinsicht, wie es gelingt ein gemeinsames Verständnis von politischer Zielrichtung oder von Radikalität des Handelns zu entwickeln. Die Kunst der Bündnisarbeit ist es, eine möglichst breite Zusammenarbeit zu entwickeln, die allen Teilnehmenden ausreichenden Raum für eigenständiges Handeln im Sinne der gemeinsamen Zielsetzung gibt. Das bedeutet zum Beispiel, dass Blockadeaktionen gegen Naziaufmärsche oder andere direkte Aktionen durchaus legitime Mittel sind, selbst wenn nicht alle Kräfte im Bündnis sich solchen Aktionsformen anschließen können. Hier gilt es, um einen Handlungskonsens zu ringen, der es verhindert, dass sich Bündnisse durch die Denunziation oder gar Kriminalisierung von Aktionsformen auseinanderdividieren lassen. Dabei gibt es „rote Linien“ für solch einen Handlungskonsens, wie beispielsweise gezielte gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei oder körperliche Angriffe auf Nazi-Aktivisten. Üblicherweise erlebt man solches jedoch eher umgekehrt gegen Antifaschisten.

Sinn und Zweck von antifaschistischen Bündnisse – die Debatten

Seit einiger Zeit gibt es in der linken Debatte unterschiedliche Positionen zu Sinn und Zweck von antifaschistischen Bündnissen. Dabei wird zwischen Bündnispolitik als Instrument und strategischer Zielsetzung unterschieden. So heißt es beispielsweise, Bündnispolitik sei kein geeignetes Mittel, mit dem Mitstreiter mit Blick auf den kleinsten gemeinsamen Nenner und in der Absicht der in Summe besseren Durchsetzungsfähigkeit gesammelt würden. Ein solches Verständnis sei bürgerlich und ein taktisches Verständnis von Bündnissen.

Kommunistische Bündnispolitik zeige sich dagegen in der praktischen Umsetzung des eigenen Klassenverständnisses der gegensätzlichen Lager in den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Für die Einheitsfront heiÙe dies, dass das Verständnis von Arbeiterklasse bestimme, um wen man ringen müsse, dass sie sich in den gemeinsamen Kampf einreihen sollten. Ob sie bereits als klassenbewusste Proletarier kämpfen oder reformistisch meinen mit einem verschönerten Kapitalismus gut leben zu können, oder ob sie gar mit Antikommunismus, Rassismus und anderen bürgerlichen Ideologie verhetzt den Rechten hinterherlaufen – das ändere viel an der Schwierigkeit, sie für die Aktionseinheit der Arbeiterklasse zu gewinnen, aber es ändere nichts an den notwendigen Ziel und Inhalt dieser Bündnisarbeit.

Daraus ergibt sich logisch die Konsequenz, dass nicht jedes Bündnis, wenn nur die Teilnehmer irgendwie dem verfolgten Zweck wohlwollend gegenüberstehen, zu begrüÙen sei. Sinn und Inhalt eines Bündnisses müsse es sein – so die These –, die realen Kämpfe entlang einer richtig verstandenen Front der gegensätzlichen Klasseninteressen auszurichten. Eine linke antifaschistische Bündnisstrategie bestehe darin, die realen Auseinandersetzungen in der Praxis an den richtigen Kampflinien auszurichten – und das ist die Frontstellung des antimonopolistischen Kampfs. Und damit müsse man – wenn nötig – auch mit den von „bürgerlicher Ideologie verhetzten“ Proletariern zusammenarbeiten, und mit den Organisationen, die sie mobilisieren können. Wenn man die historischen Erfahrungen jedoch ernst nimmt, ist ein solches Verständnis von antifaschistischer Bündnispolitik aus zwei Perspektiven nicht akzeptabel. Sollen sich linke Kräfte an keinen Bündnissen beteiligen, die sich nicht als Teil des antimonopolistischen Kampfes verstehen? Oder ist es nicht vielmehr notwendig, innerhalb von Bündnissen dafür zu werben, dass der Blick aller Beteiligten auf gesellschaftliche Alternativen geöffnet wird?

Und sollen Linke etwa deshalb sich an Bündnissen beteiligen, die von reaktionären, nationalistischen und anderen rechten Kräften dominiert werden, weil dort Arbeiter mitlaufen, die man gewinnen will? Ich erinnere in diesem Zusammenhang noch einmal an die Aussagen von Clara Zetkin, die dazu eine ganz andere Antwort gegeben hat. Eine andere Position behauptet, dass Bündnisse nur dann sinnvoll seien, wenn sie „radikal“ seien, also die sozialen und politischen Wurzeln der Probleme, die sie angehen möchten, auch wirklich angehen. Es dürfe nicht in erster Linie um Organisationsbündnisse gehen, sondern es müsse sich „um Bündnisse von Betroffenen, um Volksbündnisse handeln, die sich um unmittelbare Interessen und Lebensfragen gruppieren. In ihrem Kern müssen Erfahrungen und Forderungen von Menschen aus der Arbeiterklasse stehen. Sie werden erfolgreich sein in dem Maße, in dem ihre inhaltlichen Positionen parteilich an ihren unmittelbaren Interessen ansetzen, sie mit denen der Arbeiterklasse und der Werktätigen verbinden lernen und dann einen Beitrag zur Entwicklung ihrer Positionen in der strategischen Richtung auf die Überwindung des Kapitalismus leisten.“

*(Stoodt, Hans Christoph 2016: Was ist ein breites Bündnis? Online:
<https://wurbude.wordpress.com/2017/01/11/was-ist-ein-breites-buendnis/>)*

Solche Überlegungen über Bündnisse sind möglich, aber für antifaschistische Strategien – und auch für linke Strategieentwicklung – nicht hilfreich. Sie verengen Bündnispolitik in sektiererischer Form, ähnlich der Haltung der KPD Ende der 1920er Jahre, als diese die „Einheitsfront von unten“ propagierte und meinte, auf diese Weise die konsequenten

Sozialdemokraten in die Reihen der KPD ziehen zu können, während man die politischen Führungen von SPD und Gewerkschaften massiv kritisierte.

Antifaschistische Bündnispolitik kann m.E. nicht das Ziel haben, Einzelne aus den reformistischen Strukturen herauszubrechen, um sie für die eigene politische Orientierung zu gewinnen, sondern durch gemeinsame Kampferfahrungen von der Sinnhaftigkeit des konsequenten Handelns gegen rechts und für die vorher bereits genannten Zielsetzungen zu überzeugen und sie damit in dies Lage zu versetzen, innerhalb der eigenen Organisation für konsequentere Positionen einzutreten oder – falls das nicht erfolgreich ist – in der klaren Überzeugung einen anderen politischen Weg zu gehen.

Und in diesem Sinne bin ich bei Marx und seiner „Kritik des Gothaer Programms“, mit dem ich meine Überlegungen abschließen möchte.

Marx kritisierte die Debatten um das Gothaer Parteiprogramm in einem Brief an Wilhelm Bracke. Dort betonte er: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme. Konnte man also nicht ... über das Eisenacher Programm hinausgehen, so hätte man einfach eine Übereinkunft für Aktionen gegen den gemeinsamen Feind abschließen sollen. Macht man aber Prinzipienprogramme (statt diese bis zur Zeit aufzuschieben, wo dergleichen durch längere gemeinsame Tätigkeit vorbereitet war), so errichtet man vor aller Welt Marksteine, an denen sie die Höhe der Parteibewegung mißt.“
(Karl Marx, *Brief an Wilhelm Bracke, vom 5. Mai 1875, MEW Bd. 34, S. 137*)

Marx ging zurecht davon aus, dass inhaltliche Klarheit leichter durch eine längere gemeinsame Tätigkeit in der Bewegung hergestellt werden kann als durch eine Vielzahl programmatischer Aussagen. Und ob sich Bündnisse an einer „richtigen Kampflinie“ ausrichten, dürfte aus der Sicht der jeweiligen Bündnispartner und Verbände durchaus unterschiedlich beantwortet werden.

Denn, ob es möglich ist, in Initiativen vor Ort, in bestehenden oder auch in lokalen Bündnissen, die Orientierung auf die „richtige Frontstellung“ wirksam werden zu lassen, hat mehr damit zu tun, wie die politischen Akteure sich als verlässliche Bündnispartner im gemeinsamen Kampf erweisen, als mit ihrer radikalen Linie oder tiefgehenden Analyse. Antifaschistische Bündnispolitik hat in diesem Sinne auch mit politischem Vertrauen und Seriosität zu tun, nicht nur mit der tagesaktuellen Zielsetzung.

Wenn jemand, wie der kürzlich verstorbene Willi Hoffmeister, Stahlarbeiter, Kommunist und Friedensaktivist, über fünfzig Jahre im Bündnis der Ostermarschbewegung mitgewirkt hat, dann hatte seine Stimme und seine Position Gewicht, selbst wenn nicht alle Bündnispartner mit allen seinen Aussagen einverstanden gewesen sein sollten. Man war aber bereit, ihm zuzuhören, seine Position als Teil des Friedensbündnisses anzuerkennen, genauso, wie er bereit war, andere Zugänge zur Friedensfrage wertzuschätzen. Auf diese Weise entstehen langfristig politisch wirksame Bündnisse, die tatsächlich gesellschaftsverändernde Potenziale entfalten können.